

Das Problem Dienstwagen

Kolumne: „Neues aus dem Tempodrom“, FR-Meinung vom 6.2.

Erfreulich, dass die Tempolimit-Diskussion weitergeht. Das Problem sind die Dienstwagen und ihre Privilegien. Etwa die Hälfte der PKW sind Dienstwagen. Deren Nutzung wird pauschal versteuert (Ein-Prozent-Methode), viel und schnell fahren kostet nichts extra. Logisch, dass die meisten Dienstwagennutzer ihre Möglichkeiten ausschöpfen und viel und schnell Autofahren. Und von einem Tempolimit nichts halten. Das Dienstwagenprivileg muss abgeschafft werden!
Ralf Krug, Pohlheim

Ein holpriger Slogan

Zu: „...for future‘ ist der Anglizismus des Jahres“, FR.de vom 28. Januar

Der in Europa so lieb gewordene Ausdruck „... for future“ ist m.E. weniger ein echter Anglizismus als ein cleveres Wortgeschöpf auf Europäisch. Ähnlich wie das Wort Handy (eine Scheinentlehnung) findet der Slogan „Fridays for Future“ Anklang mehr oder weniger außerhalb des angelsächsischen Sprachraumes.

Streng genommen bezeichnet man als Anglizismus einen sprachlichen Ausdruck, der aus dem Englischen in eine andere Sprache eingeflossen ist. Bei „Fridays for Future“ handelt es sich um einen Slogan, sprich: eine Scheinentlehnung oder einen Pseudoanglizismus. Obwohl das Motto einerseits auf eine wunderbare Alliteration setzt, klingt es dennoch in den Ohren von Muttersprachlern holprig. Ähnlich wie in der deutschen Sprache fehlt eigentlich ein Artikel, d.h. „Fridays for the Future“. Üblicherweise verwendet man bei einem solchen Konstrukt einen Artikel, z.B. „Fridays for a Better Future“. Diese kleinen Anmerkungen sollen aber keineswegs etwas wegnehmen von dem bewundernswerten Engagement der Schülerinnen und Studenten sowie anderen „climate activists“. Man würde aber vielleicht gut daran tun, hin und wieder am Freitag den Englisch-Unterricht zu besuchen ... Jeffrey Myers, Frankfurt

Angel und T(h)ür(ingen)

Sabine: „Weniger Schäden als befürchtet“, FR-Panorama vom 11.2.

Sabine fegt mit voller Wucht durch Deutschland, AKK kann sich nicht mehr am Amt festhalten. Und es soll weiter stürmisch stürmen, nicht nur im Land(tag) von Thüringen. Schnell mal nebenbei, zwischen den Faschingsbällen, das Klima retten zu wollen, das geht nicht so einfach, das lässt sich nicht zwischen T(h)ür(ingen) und Angel erledigen!
Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Der Kohleausstieg kommt viel zu langsam!

Kohleausstieg: „Weniger Klimagase“, FR-Wirtschaft vom 6. Februar

Der gesellschaftliche Frieden steht auf dem Spiel

Wir wissen es doch alle: Das nun beschlossene Gesetz macht die Situation noch schlimmer. Der Kohlekompromiss ist damit aufgekündigt. Es soll alles wie geplant weitergehen: Es werden weiter Dörfer geflutet und dazu soll noch ein weiteres Kraftwerk ans Netz gehen. Es ist unbegreiflich! Vom Ausbau der erneuerbaren Energien keine Spur. Hunderttausende haben für den Klimaschutz demonstriert. Das Gesetz setzt den gesellschaftlichen Frieden aufs Spiel und schert sich nicht um Klimaschutz für die kommenden Generationen. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen!
Gabriele Sedatis, Berlin

Unsere Politiker treten das Gemeinwohl mit Füßen

Liebe Bundesregierung, klarer kann man es nicht auf den Punkt bringen als die CO₂-Uhr des renommierten Mercator-Research-Klimaforschungsinstituts (MCC). Und es braucht wahrlich kein Studium der Physik, um zu verstehen, wie wenig Zeit wir noch haben, um das Ruder noch rumzureißen. Wenn wir so weitermachen wie bisher, können wir noch gut sieben Jahre CO₂ in die Atmosphäre pusten, dann ist das Budget aufgebraucht und nach weltweit einhelliger wissenschaftlicher Meinung gibt es dann keinen Spielraum mehr. Das 1,5-Grad-Ziel war schon ein hart errungener Kompromiss der Kompromisse.



Und Sie liefern nun einen Entwurf für einen Kohleausstieg, der all dieses Wissen in den CO₂-Wind schlägt und so tut als hätten wir noch 100 Jahre Zeit. Man ist besorgt, Sie gehörten noch jener Spezies an, die glaubt, die Erde sei eine Scheibe. Es grenzt an Zynismus, wenn Sie damit argumentieren, die Wende müsse sozialverträglich erfolgen und dabei Milliarden in veraltete klimaschädliche Kraftwerke stecken, Milliarden, die man dringend für zukunftsfähige Technologien braucht, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Man könnte über Ihren Kohle-Schildbürgerstreich lachen, wenn das Ganze nicht so traurig wäre. Doch immer mehr Menschen lassen sich von Ihrem hohlen, planlosen Aktionismus nicht mehr blenden und zeigen ihren Unmut unverblümt auf der Straße. Und der juristische Laie fragt sich, ob man Sie für so viel geballte Verantwortungslosigkeit nicht auch juristisch belangen kann. Dafür, dass Sie unter Missachtung Ihres Amtseides Ihre Macht missbrauchen, um vorrangig Partikularinteressen der Energiekonzerne, die eine Wende verschlafen haben, mit Steuermilliarden zu bedienen. Und nicht zuletzt auch dafür, dass Sie gleichzeitig in einer äußerst kritischen Lage fahrlässig das Gemeinwohl und die Grundrechte jüngerer Menschen auf ein wür-



Ein Windpark bei Riepe in Niedersachsen. Windkraft ist für die Energiewende unabdingbar. Der Ausbau stockt jedoch. DPA

diges Leben auf diesem Planeten wider besseren Wissens mit Füßen treten. Seien Sie gewiss, immer mehr Menschen – unter ihnen auch immer mehr besorgte Eltern – lassen sich das nicht mehr bieten und werden alles Mögliche in Bewegung setzen, um Sie in Ihre Schranken zu weisen und zur Verantwortung zu ziehen. Christian Steiner, München

Politik auf Kosten von Allgemeinheit und Umwelt

Nach einer Beratungszeit von etwa einem halben Jahr hat die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission ihre Empfehlungen für den Ausstieg aus der Kohleverstromung vorgelegt. Die Bundesregierung hatte erklärt, die Ergebnisse der Kommission umsetzen zu wollen. Nun hat das Kabinett das „Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung“ verabschiedet. Damit werden nach der offiziellen Verlautbarung der Bundesregierung die energiepolitischen Empfehlungen der Kohlekommission umgesetzt. Dies sehen viele Mitglieder der Kohlekommission und praktisch alle Umweltverbände allerdings anders.

Wesentliche Empfehlungen der Experten wurden ignoriert. Die Abschaltung der Kraftwerke verschiebt sich nach hinten. Datteln 4 soll, trotz gegenteiliger Empfehlungen, in Betrieb gehen. Die Genehmigung für Datteln 4 wurde Anfang 2017 mit einer Sondererlaubnis zur Fertigstellung und zum Betrieb erteilt (damals war der CO₂-Ausstieg noch unbekannt). Nach Aussage von Peter Altmaier hat Uniper (ein 2016 von Eon abgespalteter Kon-

zern) einen Rechtsanspruch auf die Inbetriebnahme des noch im Bau befindlichen Kraftwerks. Andernfalls wären milliarden-schwere Entschädigungen zu zahlen. Außerdem wird die Kapazität benötigt um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die Milliarden fließen allerdings auch so. 4,35 Milliarden Euro sollen die Konzerne erhalten. Mit dabei ist mit 1,75 Mrd. Euro Leag. Das Unternehmen ist entstanden, nachdem Vattenfall sein Braunkohlegeschäft in Deutschland an einen tschechischen Milliardär und eine Investmentgruppe verkauft hat. Laut „Spiegel“ ist der Ausfall durch den Kohleausstieg nur minimal (854 statt 867 Millionen Tonnen). Für diese Differenz zahlt der Steuerzahler nun 1,75 Mrd. Euro an Leag.

Grundsätzlich stehen den Kraftwerksbetreibern, wenn die Anlagen abgeschrieben sind, nach einem Rechtsgutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags keine Entschädigungen zu. Der Steuerzahler zahlt also für mögliche zukünftige Gewinne, ohne dass eine Rechtsgrundlage besteht. Das ist ein Geschenk an RWE und Co., deren Altanlagen längst abgeschrieben sind und schon Millionen verdient haben. Außerdem sind die prognostizierten Gewinne der Energieerzeuger ohnehin zu hoch, da die CO₂-Zertifikate im Emissionshandel den Strom aus Kohlekraft überproportional verteuern werden.

Auch der Verweis auf die Versorgungssicherheit ist falsch, zumal Minister Altmaier alles unternimmt, um den erneuerbaren Energien das Wasser abzugraben.

Hier werden Arbeitsplätze vernichtet bzw. nicht geschaffen, während sie in der Kohleindustrie mit 40 Milliarden hoch subventioniert werden. Ein Beispiel für unkoordinierte und nicht zielführende Politik auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt. Dieter Murmann, Dietzenbach

Die Kanzlerin findet nur schöne Worte

Es geht um eine riesige Menge des Klimakillers CO₂, die noch für Jahrzehnte freigesetzt werden wird, falls die neue Großkohlenmine in Australien tatsächlich in Betrieb geht. Der Siemens-Vorstand hatte die Mittel in der Hand, dies noch zu verhindern. Die Generalversammlung zeigte, dass das Bekenntnis zu Nachhaltigkeitszielen bei Siemens doch nur Schönfärberei ist! Wer anderes erwartet hatte, wurde eines Schlechteren belehrt.

Doch wie sieht es beim Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland aus? Ziemlich trostlos, die Klimakrise wird von den Zuständigen einfach nicht ernst genommen! Von der „Kohlekommission“ war schon vor einem Jahr ein Fahrplan für den Kohleausstieg vereinbart worden – ein schwacher Kompromiss, mit dem Deutschland die Pariser 1,5-Grad-Klimaziele nicht erreichen kann! Das zugehörige Gesetz hat Minister Altmaier ein Jahr lang verzögert, obwohl der Klimawandel keinen Aufschub mehr zulässt!

Nun ist das Gesetz beschlossen, es verwässert aber diesen Kompromiss weiter, da zwischen 2023 und 2028 nur wenige Kraftwerke abgeschaltet werden sollen, der Großteil erst nach 2030. Ein Fahrplan fehlt, wie bis 2030 die Erneuerbaren einen Anteil von 65 Prozent erreichen sollen. Das vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe! Herr Altmaier, schämen Sie sich nicht, dass Sie Verrat üben an einer lebenswerten Zukunft für Ihre Enkel? Die Klimakrise lässt sich nicht mit Kompromissen aufhalten!

Wie kommt es, dass führende Politiker in unverantwortlicher Weise, abgehoben von Interessen und Wohl der Menschen handeln, wobei sie – unter Verletzung ihres Amtes – zugleich der Demokratie schaden?! Wir haben im Lande praktisch eine Lobbykratie, in der die Geldmacht regiert! Ob Parteipenden, Aufsichtsratssitze oder direkte Vorteile die politischen Entscheidungen prägen, kann man nur vermuten – jedenfalls winken nach der Ministertätigkeit lukrative Posten. Besonders fallen hierbei neben dem Wirtschaftsministerium das Verkehrsministerium (Scheuer) und Landwirtschaft (Klößner) dadurch auf, dass dort die Interessen der Konzerne direkt durchgedrückt werden. Es ist einfach skandalös, wie diese Politikerkaste agiert!

Die Bundeskanzlerin müsste Kraft ihrer Richtlinienkompetenz die notwendigen Maßnahmen durchsetzen. Doch sie findet nur schöne Worte, aber sie handelt nicht danach!

Winfried Kallabis, Dieburg

Diskussion: frblog.de/kippunkte